

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine Damen und Herren,

hinter uns liegen schon viele Beratungsstunden mit dem Haushalt 2023. Es waren so viele, dass wir sie auch in Tagen ausdrücken könnten. Besonders innerhalb der OBG Freie Wähler-Fraktion gab es zahlreiche Treffen und Videokonferenzen. Alles mit dem Ziel, dem Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu dienen.

Unser Dank gilt auch der Verwaltung und dem Kämmerer. Mit viel Geduld konnten viele Fragen beantwortet und Sachverhalte erläutert werden. Besonders möchte ich im Namen unserer Fraktion diesen Dank aussprechen an Frau Schimanski-Sippel, Herrn Heinze und Herrn Langer sowie Stadtkämmerer Jens Uhlig, der auch in unsere Haushaltsklausur gekommen ist.

Alles in allem muss man aber sagen, dass 605 Seiten Haushalt schon sehr umfangreich sind, aber in keinsten Weise ausreichen, um wirklich hinter die Kulissen schauen zu können. Für welche Tätigkeiten und Projekte werden Personal und Sachleistungen genau aufgewendet? Es ist einfach sehr umfangreich und komplex. Ein gut gemeinter Irrglaube, dass Stadtverordnete in die Lage gebracht werden können, hier wirklich im Detail Einsparpotentiale aufzuspüren. Dafür haben wir an sich den Magistrat. Er führt unsere Verwaltung. Natürlich mit den drei Hauptamtlichen Bürgermeisterin, Erster Stadtrat und Stadtkämmerer an der Spitze. Aber bahnbrechende Vorschläge haben wir da kaum vernommen. Es war eigentlich wie immer, Dezernenten mit der Mehrheit hinter sich treiben Dezernenten ohne Parlamentsmehrheit vor sich her und sehen nur im fremden „Lager“ das große Einsparpotential. Gut fanden wir, dass bereits im Vorfeld mittels einer

nichtöffentlichen Infoveranstaltung der Magistrat die erwartbare desolat sich abzeichnende Haushaltslage offenbart hat. Diese hätte aus unserer Sicht natürlich öffentlich stattfinden können. Eine Spar- und Streichliste wurde vorgestellt. Auf einige Punkte hatten sich die Hauptamtlichen bereits einigen können. Viele Punkte waren – und sind wohl auch heute noch – offen.

In der Oberurseler Woche ist heute im Zusammenhang mit den Abtrünnigen der FDP zu lesen, dass der erste Haushaltsplan noch mit einem Grundsteuerhebesatz von 1130, statt 750 wie in 2022, gerechnet wurde. Man könnte aus dem Zeitungsbericht erahnen, dass es mit merklichen Einsparungen zu tun haben könnte, dass im beschlossenen Haushalt des Magistrates nun „nur“ noch von einem Hebesatz von 980 Punkte zu lesen war. Das ist mit Nichten so. Ausschlaggebend sind nach unserer Kenntnis um ein Jahr vorgezogene höhere Zahlungen des Landes.

In Zeiten von explosionsartig gestiegenen Preisen für Energie, Folgewirkungen von Corona und auch den brutal gestiegenen Lebensmittelkosten ist eine Erhöhung der Grundsteuer unzumutbar. Es trifft ja alle, die hier wohnen. Ob Eigentümer oder Mieter. Auch unsere Gewerbetreibenden werden dies zusätzlich spüren. Es ist das Allerletzte, was die Menschen jetzt gebrauchen können. Die gut gemeinten Phrasen und Bekenntnisse zu bezahlbarem Wohnraum klingen da dann fast wie ein Hohn.

Die Grundsteuererhöhung ist alternativlos. Wir müssen Verantwortung zeigen, damit wir einen genehmigungsfähigen Haushalt der Kommunalaufsicht vorlegen können. Und wir als OBG sollen nach den Worten des CDU-Vorsitzenden Thomas Poppitz auch zustimmen. Es würde um Verantwortung gehen. Die neue unabhängige Liste bläst ins gleiche Horn.

Eins kann ich Ihnen sagen, wir als OBG werden Verantwortung zeigen und diesen Haushalt natürlich ablehnen. Und wir fordern CDU und

Grüne auf, ihrer Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt endlich gerecht zu werden. Was sind das für Argumente? „Alternativlos“. So ein Blödsinn. CDU, Grüne und auch SPD fahren über Jahre den Karren in den Dreck. Steuererhöhungen sind doch seit Jahren absehbar gewesen. Das wussten doch alle, die hier heute mit einem Mandat sitzen. Seit Jahren gibt es eine Wiederbesetzungssperre für frei werdende Stellen. Das scheint den Magistrat kaum zu interessieren. Ständig und fast für alle Stellen kommt es dann zu Ausnahmen von der Wiederbesetzungssperre. Meine Damen und Herren, die Wiederbesetzungssperre kann doch kein kosmetisches Instrument sein, es muss ein wirksames sein. Die Bürgermeisterin war Vorsitzende der SPD und hat vermutlich in den Koalitionsrunden der großen Koalition von 2016-2021 nicht nur am Katzentisch gesessen. So, wie wir sie kennen, wohl kaum. Unser Kämmerer ist neu. Ja, aber nur als Kämmerer. 12 Jahre war er der Fraktionsvorsitzende der größten Partei hier, der CDU. Wir können uns auch an vorherigen CDU-Kämmerer noch gut erinnern. Er war als Kämmerer gegen den Neubau des Groschengrabes neues Hallenbad. In Funktion als CDU Ortsverbandsvorsitzender war er allerdings am gleichen Tag für einen Neubau des Hallenbades. Für 2022 haben CDU, Grüne, SPD und FDP ein Minus von 13 Millionen Euro durchgewunken. Es haben hier doch alle gewusst, dass Rücklagen endlich sind und diese auch nur zufällig durch Gewerbesteuernachzahlungen erst entstanden sind. Hätten wir diese unerwartet und ungeplant erzielten Mehreinnahmen für unsere Großprojekte Gefahrenabwehrzentrum, Rathaus und Anbindung der Nassauer Str. an die Weingärtenumgehung zur Seite gelegt, hätten wir schon einen ansehnlichen Kapitalstock bilden können. Für Haushaltszustimmungen von koalitionsfremden Fraktionen wurden auch noch Leckerlies verteilt. Schauen wir uns die Zahlen doch mal genauer an.

Geplante Defizite:

2022 ..13 Mio durch CDU,SPD, Grüne, FDP

2021....9 Mio. durch CDU, SPD, Grüne

2020....3 Mio durch CDU, SPD, Grüne

So. Und nun die uns unerwartet erreichten Mehreinnahmen:

Betreffend Haushaltsjahr 2019-2021. Insgesamt waren das knapp 32 Millionen Euro. Eine stattliche Summe. Wie gesagt, damit war nicht zu rechnen im Vorfeld, aber man hätte es gut für Investitionen zurücklegen können.

Gewerbesteuern: Merkliche Erhöhung der Gewerbesteuer im Jahr 2018. Und dann wird immer noch von der Neuansiedlung von rentierlichem Gewerbe in unserer Stadt zur Milderung des Finanzdesasters gesprochen. Worte ohne Taten. Wir sehen doch, es kommt kaum einer neu zu uns, der hohe Gewinne macht und damit ordentlich Gewerbesteuer bringt. Eher muss man Abwanderungen befürchten. Unternehmer äußerten dies schon mehrfach in den letzten Jahren. Das Ergebnis dieser Steuerpolitik ist, dass neue Gewerbeobjekte wie z.B. dasTownUs nicht von hochprofitablen neuen Firmen bezogen werden, sondern als Ankermieter werden, die Kriminalpolizei als Behörde, die uns Verkehr, aber kein Geld bringt und eine Umsiedlung aus der Innenstadt als Erfolg verkauft werden soll.

Zudem soll die Wirtschaftsförderung personell verstärkt werden. Vielleicht denkt hier die Bürgermeisterin auch mal darüber nach, wie sie ihr Personal zielgerichtet einsetzt? Mehrfach wurde die Leiterin unserer Wirtschaftsförderung und unser CityManager zum Auf- und Abbau von Tischen und Sitzmöglichkeiten samstagvormittags und samstagnachmittags am Altstadtmarkt gesehen. Das kann doch wohl nicht wirklich das sein, was unser Spitzenpersonal der

Wirtschaftsförderung machen sollte. Oder?

Jetzt soll eine Organisationsuntersuchung die Wende bringen. Gut. Wir stimmen dem zu. Das ist ein Anfang. Klar ist, wenn wirklich vom Scheinsparen auf richtiges Sparen gesetzt werden soll, müssen da die Impulse von außen kommen. Ist doch auch logisch und verständlich. Es wird sich ja keiner selbst abschaffen wollen. Allerdings sind die im Antrag der Kooperation und dem abtrünnigen FDP-Anhang uns nicht ambitioniert genug. Wir hätten uns da schon ein Einsparziel von 10% beim Personal gewünscht. Mickrige Ziele bringen nichts. Hier soll eine Stelle pro Jahr eingespart werden. Dafür 200.000 Euro für die Organisationsuntersuchung aufzuwenden, klingt nicht nach gutem Geschäft. Das ist ja eigentlich ein Witz, da in 2023 die Kernverwaltung um sieben Stellen erweitert werden soll. Uns sind hier auch die Aspekte Homeoffice und Digitalisierung noch wichtig. Gerade was den Platzbedarf für eine Rathaussanierung betrifft. Auch wäre es zielführend, die Bauaufsicht an den Kreis abzugeben, dies schafft noch mehr Platz im Rathaus und wir müssen nicht mehr für eigene Bauaufsicht und Bauaufsicht beim Kreis doppelt bezahlen. Aber politische Gründe scheinen ja hier dem Zahlenverstand vorzugehen.

Noch ein Wort zum Vorschlag der Koalitionsfraktionen, der zusammen mit den Ex-FDPlern gestellt wurde, eine 25%ige pauschale Kürzung für Feste, Veranstaltungen und Zuschüsse an Dritte kurzfristig zu beschließen war Murks. Das haben Sie ja bereits eingesehen und sind zurückgerudert. Gleichwohl sehen wir bei den Veranstaltungen, die von der Stadt selbst organisiert und durchgeführt werden, große Einsparpotentiale. Wenn man die vorgelegten Personalkosten hierzu sich anschaut, kann es da keine anderen Rückschlüsse geben. Hier muss im kommenden Jahr gehandelt werden. Aber der Ansatz muss bei den städtischen Veranstaltungen liegen, nicht bei den Vereinen.

Die OBG wird einige ihrer Haushaltsanträge aus dem Ausschuss später der ganzen Stadtverordnetenversammlung noch mal vorlegen. Es gab ja im Ausschuss noch die FDP als Fraktion. Daher verzichte ich an dieser Stelle auf diese Punkte einzugehen, das erläutern wir dann vor der jeweiligen Abstimmung.

Sie kennen doch sicher den König von Burladingen? Der mit dem Affen. Aus der Werbung. Trigema. Unternehmer Wolfgang Grupp. Er sagte vor einigen Wochen im Gespräch mit Mario Lochner folgendes: „Wir müssen Probleme nicht diskutieren. Wir müssen Probleme lösen.

Und deshalb sage ich klipp und klar, wer zu mir sagt er hätte ein großes Problem, dem können Sie einen schönen Gruß sagen, er sei ein großer Versager.

Jedes große Problem war klein und hätte ers, als es klein war gelöst, hätte er kein Großes“.

Denken Sie mal darüber nach. Es ist es wert, das Handeln danach auszurichten.

Anmerken möchte ich noch im Namen der OBG-Fraktion, dass wir uns entgegen unserem Abstimmungsverhalten im Ausschuss beim BSO enthalten und nicht dagegen stimmen werden. Wir erkennen an, dass der Betriebsleiter noch einiges an Einsparpotential benannt und vorgeschlagen hat. Es war mutig, eine Liste mit möglichen Einsparungen öffentlich zu präsentieren. Vielen Dank Michael Maag.

Die OBG Freie Wähler-Fraktion lehnt den städtischen Haushaltsentwurf ab und will Sie ermuntern, dies auch so zu tun. Zeigen Sie Verantwortung. Dann hat der Magistrat die Chance, uns einen besseren Entwurf erneut vorzulegen. Wir müssen doch zum

Wohle der Bürgerinnen und Bürger die Geschicke der Stadt lenken und sie in wirtschaftlich schweren Zeiten nicht noch zusätzlich belasten.

Und Sie können uns glauben, wir machen nicht seit Jahren Sparvorschläge und konkrete Anträge zur Generierung von Mehreinnahmen zum Spaß und aus Freude, sondern weil es notwendig ist. Es ist sicherlich nicht Aufgabe aus der Opposition heraus, sich bei einigen Bürgern und Verwaltung deshalb unbeliebt zu machen. Aber wir halten es in der Sache für richtig.
Verantwortung.

Danke fürs Zuhören.